

# ISE e.V.-Forderungen an die demokratischen Parteien zur Landtagswahl 2026 in RLP



Sehr geehrte Partei- und Fraktionsvorsitzenden,

die Umfragewerte haben sich beim Thema "Energie/Versorgung/Klima" im Ranking der wichtigen Probleme in Deutschland (Forschungsgruppe Wahlen) von 59% in 09/2019 über 53% in 09/2022 bis heute auf 11% in 09/2025 entwickelt. Dies zeigt, dass sich die Bevölkerung offensichtlich an die Horrormeldungen über Naturkatastrophen, die durch die menschengemachte Klimakrise ausgelöst wurden, gewöhnt hat. Das darf jedoch kein Alibi für die Politik sein, sich nicht mehr im notwendigen Umfang für dieses Thema zu engagieren, welches unsere Existenz bedroht. Gerade die jetzige Bundeswirtschafts- und Energieministerin ist dabei, die viel zu langsam in Fahrt kommende Energiewende zu bremsen und teilweise zurückzudrehen. Wir von ISE e.V. werden mit aller Beharrlichkeit weiter an diesem Rad drehen, mit Aufklärung der Bürgerschaft und Forderungen an die Politik. Deshalb haben wir im Folgenden einige wichtige Punkte für die Landtagswahl 2026 in RLP zusammengestellt:

#### 1. EEG 2023 §2

Wir fordern, dass bei allen Entscheidungen im EE-Bereich dieser Paragraf kein Feigenblatt ist, sondern vorrangig, insbesondere bei den Genehmigungsbehörden zur Anwendung kommt!

"Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden."

→ Mit einer Landesverordnung sollten alle Behörden aufgefordert werden, diesen Paragrafen besonders zu beachten! Das gilt u. a. auch für örtliche Gestaltungssatzungen von Aufdach-PV-Anlagen.

#### 2. Windpark-Ausbau

Um die Energiewendeziele für RLP zu erreichen hat sich die Landesregierung von RLP eine Zubaurate bei Wind und PV um jeweils 500 MW/a vorgegeben!
Während die Zubaurate bei Solar in den beiden letzten Jahren deutlich übererfüllt ist, sind die Ausbauziele für Windenergie krachend verfehlt worden - auch wenn die Anzahl der Genehmigungen aktuell gestiegen ist. Im 1. Halbjahr 2025 war die Zubaurate lt.
Marktstammdatenregister mit 42 MW nur 8 % Zubau der anvisierten 500 MW!

→ Damit die Energiewendeziele von RLP erreicht werden, fordern wir besondere Anstrengungen beim Windpark-Ausbau!

### 3. Vorrangflächen für PV-Freiflächenanlagen planen

Um die gesetzlich festgelegte Klimaneutralität in RLP bis 2040 zu erreichen, sind trotz gutem Ausbau in den letzten Jahren weitere PV-Freiflächenanlagen erforderlich! Hierzu benötigen wir, gemäß der ISE e.V.-Meta-Studie "Klimaschutz – Energiewende 2.0" (siehe Anlage) ca. 0,83% der Landesfläche!

→ Wir fordern, dass die Planungsbehörden für die Raumordnungsplanung entsprechende Flächen ausweisen. Hierzu gehören auch Baggerseen für "Floating PV".

# 4. PV-Freiflächenanlagen mit Stromspeicher komplettieren

Da die PV-Anlagen in der Mittagszeit ihre höchste Produktion haben, entsteht ein Stromüberangebot, was negative Strompreise an der Börse zur Folge hat. Diesen Sachverhalt kann man einfach durch große Stromspeicher beseitigen, wodurch die Stromspitzen gekappt werden.

→ Deshalb fordern wir, dass vorhandene PV-Freiflächenanlagen mit entsprechend großen Stromspeichern komplettiert werden! Bei neuen PV-Freiflächenanlagen muss ein Stromspeicher obligatorisch enthalten sein!

## 5. Vorhandene Biogas-Kraftwerke zu Residuallast-Kraftwerken umbauen

Wie man anhand von Leistungskurven sehen kann (siehe Energy-Charts des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme, ISE), werden Biogas-Kraftwerke heute noch als Grundlast-Kraftwerke betrieben, obwohl die Bio-Energie in molekularer Form zur Verfügung steht. Mit der zwischengespeicherten Energie können dann Residuallast-Kraftwerke betrieben werden.

→ Wir fordern, wie bereits in der Region Bitburg realisiert, dass Bio-Gasanlagen zusammengeführt werden, um die Energie mit Residuallast-Kraftwerken für die Dunkelflauten bereitzustellen!

## 6. Stromnetzausbau

Die Energiewende spielt sich hauptsächlich im Verteilernetz ab.

- → Deshalb müssen die Verteilernetzbetreiber gesetzlich verpflichtet werden, ihre Netze möglichst vorauseilend zum EE-Ausbau bedarfsgerecht zu ertüchtigen, um folgende Komponenten anschließen zu können:
- auf der Erzeugungsseite die notwendigen PV-Anlagen, Windparks und Stromspeicher
- auf der Verbraucherseite alle Wärmepumpen und E-Autos

## 7. Intelligentes Messystem (iMSys)

Die Stromnetze wurden in der Vergangenheit häufig für die Spitzenlast ausgelegt und haben deshalb noch viel Reserve. Eine VDE-Studie von 10/2024 sagt, dass es noch ca. 60% Reserve in den Netzen gibt! Durch Lastverschiebung und Lastspitzenkappung mit großen Stromspeichern kann das Reservepotenzial gehoben werden. Voraussetzung

dazu ist das intelligente Messsystem (iMSys) bei Verbrauchern aber auch in der Netz-Infrastruktur selbst. Im Gegensatz zu anderen EU-Ländern, wo die iMSys-Abdeckung ca. 80 % beträgt, liegt der iMSys-Rollout in D bei etwa 3%!

→ Wir fordern deshalb einen beschleunigten iMSys-Hochlauf!

#### 8. Netzdienlicher Einsatz von privaten Speichern ermöglichen

Die Speicher von Hauskraftwerken, aber auch Speicher in E-Autos, haben ein sehr großes Energie-Potenzial für den Tag-Nacht-Ausgleich und können damit netzdienlich eingesetzt werden.

→ Wir fordern, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um dieses schlummernde volkswirtschaftliche Potenzial (vorhandene Kapazität) zu heben.

# 9. Von der kommunalen Wärmeplanung zur kommunalen Energieplanung

Die kommunale Wärmeplanung wurde im GEG 2024 verankert, um zu festzulegen, welches Wärmekonzept (Wärmenetz oder individuelle Wärmeerzeuger) in den Gemeinden zum Tragen kommen soll. Zeitliche Vorgabe für den Planungsabschluss: Gemeinden > 100.000 Einwohner bis 2026; Gemeinden < 100.000 Einwohner bis 2028. Da heute ca. 15 % aller Haushalte in D an einem Wärmenetz hängen (vorwiegend in Großstädten) und es bis 2045 höchstens eine Verdopplung geben wird (also 30%), mutet dieses Gesetz wie eine Bremse der Wärmewende an, denn 70% der Haushalte sind von den Wärmenetzen nicht betroffen. D. h. es verstreichen nach der Gesetzesvorlage (in 2023) für die Mehrheit der Haushalte <u>fünf Jahre</u>, um aus den Fossilen auszusteigen!

→ Wir fordern stattdessen eine kommunale Energieplanung, bei der alle Aspekte des Klimaschutzes und der Energiewende für die Gemeinden berücksichtigt werden! Dabei müssen z. B. in Großstädten Kraftwerke als Wärmeerzeuger für Wärmenetze durch z. B. Fluss-Wärmepumpen ersetzt werden. Auch die Themen Mieterstrom, Energy-Sharing und Direktvermarktung müssen berücksichtigt werden. Wir nennen das eine energetische Stadt/Dorfgemeinschaft. Vorzeigeprojekte: Rhein-Hunsrück-Kreis!

#### 10. Heizen und Kühlen in öffentlichen Gebäuden

Wie allseits bekannt ist, steigen die Temperaturen durch die Klimakrise im Sommer immer weiter an und erreichen Werte, die die 30°-Grenze deutlich übersteigen. Ein Arbeiten in Schulen, Werkstätten und Büros ist nicht mehr ohne Klimaanlagen tragbar. Die neuen Split-Klimaanlagen ermöglichen sowohl Heizen im Winter als auch Kühlen im Sommer mit nur einer Anlage (also nur eine Investition)!

→ Wir fordern, dass die Landesregierung eine landesweite Kampagne startet, um bei Sanierungen und im Neubau dieses sehr wirtschaftliche Konzept zur Umsetzung zu bringen. Damit können auch öffentliche Abkühlungsräume für die Bürgerschaft bereitgestellt werden, die auch im Rahmen des Katastrophenschutzes gefordert sind.

### 11. Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge

Der Sektor Verkehr reißt schon seit Jahren die CO<sub>2</sub>-Emissionsobergrenzen beim Monitoring des Klimaschutzgesetzes von D! Deshalb ist der beschleunigte Ausbau der E-Mobilität von großer Bedeutung! Voraussetzung dazu ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur! Laut Stat. Bundesamt von 08/2025 liegt sie in RLP für E-Fahrzeuge mit 166 Ladepunkten/100.000 Einwohnern im unteren Mittelfeld.

→ Wir fordern deshalb den beschleunigten Ausbau der Ladeinfrastruktur in RLP! Hierzu gehört auch das bi-direktionale Laden von E-Autos (V2H/G).

## 12. Beteiligungsgesetz für RLP

Das Beteiligungsgesetz ist die Voraussetzung für eine faire Partizipation der Gebietskörperschaften (z. B. AöR) und ihrer Bürger/innen (z. B. Bürgerenergiegenossenschaften). Hierzu hat ISE e.V. Vorschläge gemacht, die Ihnen vorliegen.

→ Es wäre wichtig, dass dieses Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode im Landtag verabschiedet wird, um auch die Akzeptanz der Bürgerschaft für die Energiewende zu steigern!

# 13. Klimaschutz/Energiewende in Lehrpläne von Bildungseinrichtungen implementieren Wie schon oben in der Einführung bei den Meinungsumfragen erwähnt, ist die Bedeutung des Themas "Energie/Versorgung/Klima" im Ranking auf die hinteren Plätze gefallen, obwohl die existenzielle Bedrohung durch die Klimakrise mit steigender CO<sub>2</sub>-Konzentration immer größer wird. Gründe dafür sind das geringe Interesse aber auch das mangelnde Wissen über die Zusammenhänge der durchaus komplexen Themen in der Bevölkerung.

→ Wir fordern deshalb, dass Klimaschutz und Energiewende verstärkt in den Lehrplänen aller Bildungseinrichtungen implementiert wird: von der Grundschule über weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Meisterschulen bis hin zu den Universitäten und Volkshochschulen.

# 14. Klimaschutz/Energiewende zur Pflichtaufgabe bei den Kommunen machen

Der Bund fördert den Klimaschutz bei den Kommunen, indem er die Beschäftigungskosten von Klimaschutzmanager:innen zum Großteil, jedoch zeitlich begrenzt, trägt. Das bedeutet, dass die Klimaschutzmanager:innen nur einen befristeten Vertrag erhalten. Dadurch entsteht eine sehr hohe Personalfluktuation! Geplante Projekte, die durchaus hohe Einsparpotenziale haben, werden damit nicht kontinuierlich weitergeführt.

→ Wir fordern deshalb, dass Klimaschutz/Energiewende zur Pflichtaufgabe bei den Kommunen gemacht wird, damit die beiden Themen kontinuierlich bearbeitet und erfolgreich umgesetzt werden können!

### Zusammenfassende Wertung und strategisches Vorgehen

Die aufgeführten Forderungen zeigen die Komplexität der notwendigen Transformation von den Fossilen hin zu den Erneuerbaren. Dabei ist uns bewusst, dass es bei einigen Forderungen auch Dinge gibt, die an den Bund adressiert werden müssen. Hierzu sind dann Bundesratsinitiativen notwendig.

Bisher wird der Klimaschutz und die Energiewende durch verschiedene Interessen und Anreize getrieben bzw. gebremst. Das ist für das komplexe Vorhaben keine gute Strategie! Folgende grundsätzlichen Forderungen sollten für Klimaschutz/Energiewende befolgt werden:

## Wir brauchen

- → keinen Wildwuchs, sondern einen Masterplan mit professionellem Projektmanagement, wobei Marktkräfte genutzt werden müssen
- → keine vagabundierenden Ziele und politische Achterbahn durch wechselnde Regierungen, sondern stringente Kontinuität
- → keine Zufallsergebnisse, sondern überwachtes und gesteuertes Monitoring

Die Transformation zur erfolgreichen Energiewende kostet bekanntermaßen viel Geld für die Volkswirtschaft: ca. 104 Mrd. €/a in den nächsten 20 Jahren. Davon ca. 70 Mrd./a für den EE-Ausbau und ca. 34 Mrd./a für den Netzausbau. Das sind Investitionskosten, deren Wertschöpfung weitestgehend in unserem Land bleiben. Bei den Betriebskosten entfallen jedoch die Brennstoffkosten, denn "die Sonne schickt keine Rechnung"! Die Betriebskosten des heutigen Energiesystems sind hauptsächlich geprägt durch (siehe Anlagen):

- fossile Brennstoffimporte: ca. 80 Mrd. €/a. Das Geld verschwindet aus unserer Volkswirtschaft und wird durch z. T. diktatorische Staaten bei Kriegen eingesetzt!
- umweltschädliche Subventionen: ca. 65 Mrd.€/a
- Klimaschäden: ca. 301 Mrd. €/a

Hinzu kommen natürlich Ersatzinvestitionen.

Wie man an den Zahlen leicht erkennt, ist diese Transformation allein aus wirtschaftlichen Erwägungen eine sehr erfolgversprechende Zukunftsinvestition mit hoher Rentabilität! Dies sichert neben der wirtschaftlichen Prosperität mit vielen Arbeitsplätzen auch die Klimaneutralität bis 2040/45 und bringt damit eine gute Perspektive für unser Land!

gez. Wolfgang Thiel, Vorsitzender

Michael Linder, stellvertr. Vorsitzender

Hergersweiler im September 2025